

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für
Kultur und Weiterbildung
Herrn Peter Wenzel

Marl, 20.02.2010

Betr.: Antrag bezüglich Schaffung eines regionalen Bildungsnetzwerks für Kreisstädte

Sehr geehrter Herr Wenzel,

in einer Presseerklärung (der Stadt Herten) vom 13. November 2009 „Beste Bildung für alle – Startschuss: Regionales Bildungsnetzwerk für Kreisstädte“ wird dargestellt, wie zukünftig „Einrichtungen, Institutionen und Bildungsakteure aller Art ... stärker verzahnt“ werden sollen. Die Kreisstädte sollen deshalb ihre Ressourcen aufmerksam prüfen und sich gegenseitig unterstützen, so appelliert der neue Landrat Cay Süberkrüb an die kreisangehörigen Städte.

Doch was verbirgt sich hinter diesen Worten? Soll hier durch eine Fülle positiv besetzter Begrifflichkeiten verschleiert werden, dass der öffentliche Bildungsauftrag einer jeden Kommune und auf Kreisebene mehr und mehr aus Einsparungszwängen zurückgefahren wird? Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Marl warnt davor, öffentliche Bildung zu einer Ware zu machen und Bildungsreinrichtungen zu marktgängigen Betrieben umzustrukturieren, die nur noch unter betriebswirtschaftlichen Faktoren beurteilt werden.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung möge beschließen, dass es zu keinen weiteren Einsparungen im Bildungssektor durch Fusionen oder Personalabbau im Zuge der Schaffung eines regionalen Bildungsnetzwerks für Kreisstädte kommt.

Begründung:

So sinnvoll auch Kooperationen im außerschulischen Bildungsbereich erscheinen, so sehr muss doch auch bedacht werden, dass es hier – um Kosten zu drücken – zu Zwangszusammenschlüssen kommt, die bewährte Strukturen zerschlagen. Will man Berufliche Schulen, Abendgymnasien und Volkshochschulen personell, organisatorisch und strukturell neu gliedern, müssen der Öffentlichkeit die Sinnhaftigkeit und die rechtlichen, organisatorischen und pädagogischen Konsequenzen dieser Maßnahmen transparent und

nachvollziehbar aufgezeigt werden. Denn die viel beschworenen Synergieeffekte werden häufig von den Kostensenkungsplanern überschätzt.

Deshalb lehnt die Fraktion DIE LINKE. städteübergreifende Zusammenlegungen von Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken ab. Gerade hier zeigt sich die kommunale Verantwortung und Selbstständigkeit für lebensbegleitendes Lernen. Dieser Verantwortung muss jede Stadt gerecht werden. Hier darf es nicht zu Fusionen kommen.

Dazu gehört auch, dass Information und Kommunikation zutiefst soziale Aktivitäten sind. Diese Aktivitäten brauchen reale Orte des Austausches – gerade in Zeiten, in denen Kommunikation immer virtueller und unpersönlicher wird. Hier muss die Kommune auch die demographische Verschiebung der Altersstruktur sowie die ständig steigende Anzahl von Familien mit geringem Einkommen berücksichtigen. Lange Anfahrtswege würden dazu führen, dass vor allem diese Gruppen zunehmend von Bildungsangeboten ausgeschlossen würden. Wir halten es daher für eine zentrale Aufgabe einer jeden Kommune, Bildung als Menschenrecht lebbar zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Fleisch
Fraktionsvorsitzende